

**Vizepräsident Pfeil:**

Ich rufe auf: Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend vorläufige Arbeitsplatzvernichtung bei Hanauer Betrieben durch Handeln der SPD-geführten Landesregierung, Drucks. 13/7087. Wer für diesen Dringlichen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Dringliche Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 27** auf:

**Große Anfrage der Abg. Schoppe, Kartmann, Breitwieser, Irmer, Korn, Veltje, Haselbach, Hofsommer, Rottmann, Weiß (CDU) und Fraktion betreffend Benachteiligte in der beruflichen Bildung - Drucks. 13/6948 zu Drucks. 13/6046 -**

Es ist eine Redezeit von 20 Minuten verabredet. Soll es dabei bleiben? - Herr Dr. Jung (Rheingau)!

**Dr. Jung (Rheingau) (CDU):**

Herr Präsident, ich bitte, gleichzeitig den Tagesordnungspunkt 32 aufzurufen. Dann beträgt die Redezeit für diese Gesamtdenbatte 20 Minuten.

(Weidmann (SPD): So ist es!)

**Vizepräsident Pfeil:**

Vielen Dank für den Hinweis! Dann rufe ich noch zur gemeinsamen Behandlung **Tagesordnungspunkt 32** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend schwerwiegende Fehlentwicklungen im hessischen Schulwesen - Drucks. 13/7044 -**

Die Redezeit beträgt 20 Minuten. Das Wort hat Herr Abg. Kartmann für die CDU-Fraktion.

**Kartmann (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als vor vier Jahren Herr Holzapfel in den hessischen Schulbus stieg, hatte dieser gerade wieder feste StraÙe unter den Rädern.

(Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten nur Schotter und Sand darunter!)

Der neue rote Busfahrer mit seinem grünen Beifahrer lenkte jedoch unverzüglich das Gefährt scharf links, zurück in unwegbares, sumpfiges Gelände.

(Beifall bei der CDU)

Im Laufe dieser Fahrt wurde das Gelände immer widriger, und die Fahrgäste, die man zu Beginn dieser Reise mitgenommen hatte, stiegen nach und nach aus.

(Beifall des Abg. Dr. Jung (Rheingau) (CDU))

Zum Schluß saÙen nur noch der rote Busfahrer und sein grüner Beifahrer im Bus. Doch auch dies währte nicht lange, denn am Ende stieg auch noch der grüne Beifahrer aus. So sitzt nun Herr Holzapfel in seinem Bus, der kaputt ist, und im Sumpf steckt - ganz allein auf weiter Flur. Er ist ganz einsam und weiß nicht, was er machen soll.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen des Ministers Holzapfel)

Sie winken ihm von weitem zu, denn wer würde sich freiwillig in seinen Sumpf begeben? Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß Sie das machen werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Diese bildliche Darstellung hessischer Schulpolitik beschreibt die reale Situation in diesem Lande. Vier Jahre rotgrüner Schulentwicklung in Hessen sind gekennzeichnet von Fehlern und falschen Entwicklungen,

(Weidmann (SPD): So, wie Sie das sehen!)

deren Korrektur - auch dies muß deutlich gesagt werden - in den nächsten Jahren nur unter größten Schwierigkeiten zu vollziehen ist. Lassen Sie mich in aller gebotenen Kürze, aber doch klar, einige Stationen auf diesem falschen Weg der schulpolitischen Entwicklung Hessens anreiÙen:

Erster Punkt. Kultusminister Holzapfel hat versprochen, 3.000 neue Lehrer in die Schulen zu bringen. Aber in den Schulen sind die Lehrer nicht angekommen. Es wurden immer nur neue Sonderprogramme geschaffen. 8.000 Lehrerstellen werden der regulären Unterrichtsversorgung, also dem Regelunterricht, entzogen.

Für die Beseitigung des Unterrichtsausfalls wurde nichts getan. Bei steigenden Schülerzahlen stehen heute für die Erteilung des in der Stundentafel vorgesehenen Unterrichts weniger Lehrer zur Verfügung als unter der CDU/F.D.P.-Regierung.

(Zurufe der Abg. Kahl und Weidmann (SPD))

Erkenntnis: Kultusminister Holzapfel verschleudert wichtige Lehrerstellen in Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt. Kultusminister Holzapfel hat die Stundentafel für die Grundschule und Mittelstufe um je zwei Stunden in jeder Jahrgangsstufe gekürzt. Selbst der in dieser reduzierten Stundentafel vorgesehene Unterricht wird in diesem Land nicht vollständig erteilt. Noch einmal werden im Durchschnitt zwei Stunden gestrichen. Im Ergebnis werden in der Woche an Hessens Schulen also rund 100.000 Stunden weniger Unterricht erteilt als unter der CDU/F.D.P.-Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Erkenntnis: Kultusminister Holzapfel hat den schlimmsten Unterrichtsausfall in Hessens Schulgeschichte angeordnet. Das Ergebnis seiner Politik ist: weniger Bildung für Hessens Schülerinnen und Schüler.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Dritter Punkt. Der Kultusminister hat besonders stark im Fremdsprachenunterricht und im Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern gekürzt. Die Bilanz: Physik minus 25 Prozent, Chemie minus 17 Prozent. Angesichts des Zusammenwachsens Europas kommt es gerade auf Fremdsprachenkenntnisse an. Außerdem verlangen die Entwicklung und Anwendung moderner Technologien und der Umweltschutz gute naturwissenschaftliche Kenntnisse.

Meine Damen und Herren, dieser Kultusminister vernachlässigt also die Anforderungen der Zukunft. Er verweigert Hessens Schülerinnen und Schülern eine angemessene Vorbereitung auf ihre zukünftige Welt.

(Beifall bei der CDU)

Vierter Punkt. Kultusminister Holzapfel hat Hauptschülerinnen und Hauptschüler endgültig abgeschrieben.

(Kahl (SPD): Was?)

**Schoppe (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn der Kollege Kahl meint, die CDU habe mit ihrem Antrag keine neuen Argumente vorgetragen, oder der Kultusminister unseren Antrag als "Sammelsurium" zu diffamieren versucht, wird sich die Union nicht davon abhalten lassen, die gravierenden Fehler und die falschen Weichenstellungen rotgrüner Bildungspolitik und ihres Kultusministers beim Namen zu nennen und auch zu kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Herr Kahl vorhin meinte, sein Kultusminister habe ein umfassendes Konzept zur Lehrerarbeitszeit vorgelegt und darüber den Dialog mit den Betroffenen geführt, dann kann man nur zitieren, was die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hessen in einem Rundschreiben an die GEW-Vertrauensleute am 7. Dezember formuliert hat. Dort heißt es:

Der vom Kultusminister Mitte des Jahres angekündigte Dialog mit Lehrerschaft, Eltern und Schülern zur Bildungssicherung hat sich mit dem nun vorgelegten Horrorkatalog als Ablenkungsmanöver erwiesen.

Recht hat Frau Gerecht.

(Kartmann (CDU): Hochinteressant! - Irmer (CDU): Wir haben einen Horrorminister!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich die Bilanz unseres Kultusministers nach vier Jahren rotgrüner Bildungspolitik anschaut, der kann eigentlich nur zu der Auffassung kommen, daß diese Bilanz negativ ist. Folgende Punkte können nur als gravierende Fehlentwicklung bezeichnet werden:

Erstens. Das Land zieht sich immer mehr aus seiner Verantwortung für das Bildungswesen zurück. Beliebigkeit wird zum Prinzip. Genau das hat der Kultusminister in seiner Rede eben wieder bestätigt. Das Leistungsprinzip wird vielfach in Frage gestellt, und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse ist nicht mehr gegeben.

Zweitens. Auch dies ist in der Debatte deutlich geworden: Erziehung und Wertevermittlung rangieren weit hinter der Vermittlung von Wissen oder gar hinter der Vermittlung eines kritischen Bewußtseins oder überhaupt nur noch der Fähigkeit zu diskutieren. Der Beitrag des Kollegen Hertle hat gerade wieder die Diffamierung von Werten, von Tugenden und Verhaltensweisen deutlich gemacht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Drittens. Unterrichtskürzungen und Unterrichtsausfall sind die Regel. Neue Lehrerstellen kommen im normalen Unterricht überhaupt nicht an, und es fehlen Referendarestellen.

Viertens. Unsere Lehrer werden mit ihren Problemen im schulischen Alltag weitgehend allein gelassen. Vorurteile in der Bevölkerung gegen diese Berufsgruppe werden zum Teil sogar noch instrumentalisiert, wie zum Beispiel gerade in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Verlängerung der Lehrerarbeitszeit. Erst durch Prozesse muß ein Minister Holzapfel dazu gezwungen werden, sachgerechte Personalentscheidungen zu treffen.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Weidmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Prozesse hat Herr Wagner denn gehabt und verloren?)

- Herr Weidmann, hören Sie doch einmal zu! Er hat doch überhaupt keinen Prozeß endgültig verloren, aber Kultusminister Holzapfel hat zum Beispiel ein ganzes Jahr aufgrund entsprechender Gerichtsurteile keine Beförderungen vornehmen lassen. Als er nach längerem Diskussionsprozeß diese Beförderungsurkunden jetzt aushändigen wollte, stand schon wieder ein Prozeß ins Haus, der ihm bescheinigt, daß sein ganzes Beförderungsverfahren fragwürdig und rechtlich nicht haltbar sei. Deshalb hat er in einer Nacht-und-Nebel-Aktion - so kann man fast sagen - diese Urkunden schnell ausgehändigt, damit sie nicht mehr zurückgeholt werden können. Ein schlimmes Verhalten des Ministers!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Fünftens. Die gesamte hessische Bildungspolitik ist von einer falschen Weichenstellung gekennzeichnet. Die Hauptschule wird immer mehr vernachlässigt. Hauptschulen und Hauptschulzweige werden aufgelöst, obwohl ein Drittel aller Schüler Hauptschüler sind. In Frankfurt sind es allein 15 Hauptschulstandorte, die geschlossen worden sind. Statt die praktische Leistungsfähigkeit dieser Schüler zu fördern - auch im Hinblick auf eine spätere Berufsausbildung -, wurde der Unterricht in unseren Hauptschulen immer mehr "verkopft". Als Erfolg rotgrüner Bildungspolitik wertet man die Tatsache, daß immer mehr junge Menschen immer mehr höhere Abschlüsse erreichen, ohne aber mehr zu wissen und mehr zu können.

(Beifall bei der CDU)

Man freut sich einfach, daß man mehr Abiturienten und mehr Studenten hat. Natürlich brauchen wir in Zukunft mehr höherqualifizierte Fachkräfte, wie es die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung gerade erst in den letzten Tagen festgestellt hat. Aber ein höherer Bildungsabschluß ist in vielen Fällen noch lange keine höhere Qualifikation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Die Kehrseite der Medaille dieser Bildungspolitik ist die Tatsache, daß wir 35 Prozent Studienabbrecher haben und daß wir 25 Prozent Lehrlinge haben, die vorzeitig ihre Lehrverträge auflösen.

(Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat andere Gründe!)

Schauen Sie sich doch heute einmal die Bewerber um einen Ausbildungsplatz als Inspektoranwärter in einer Großstadt in Hessen an! Bewerber mit 30 und mehr Jahren sind dort keine Seltenheit für einen Ausbildungsplatz als Inspektoranwärter. Lehrstellen- und Studienabbrecher stellen einen nicht unwesentlichen Anteil an diesen Bewerbern dar. Das ist doch nicht mehr normal und auch nicht zu verantworten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Kultusminister, mit Ihrer Bildungspolitik werden Humanreserven ganz einfach verschwendet. Sie versündigen sich mit Ihrer Politik an den jungen Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Zu dieser falschen Weichenstellung hat auch - das ist schon angesprochen worden - die Bevorzugung integrierter Systeme im Schulwesen zu Lasten anderer beigetragen.

(Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Abteilung Legende!)

Auch die Integration Behinderter ins Regelschulsystem, wie Sie von GRÜNEN und SPD es betreiben, geht zu Lasten anderer Schüler und führt langfristig zur Auflösung des Sonderschulwesens. Dies ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Weidmann (SPD): Welche Sonderschule ist denn aufgelöst worden? - Marx (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch in Offenbach eine verkauft!)

- Schreien Sie doch nicht so! Es wird auch nicht besser, wenn Sie hier schreien, Frau Kollegin. Sie sollten Argumente vortragen. - Schließlich ist generell die Vernachlässigung der beruflichen Bildung zu beklagen. Obwohl der Punkt berufliche Bildung hier mit aufgerufen ist, gab es in der Rede des Kultusministers kein einziges Wort zu diesem Bereich unseres Bildungswesens. Dies ist kennzeichnend.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es ist erfreulich, daß sich die Kultusministerkonferenz jetzt in Berlin darauf verständigt hat, allgemeine und berufliche Bildung als gleichwertig anzusehen. Die Länder haben daraus allerdings nun die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Dabei darf der Blick nicht nur auf die gewöhnliche Berufsausbildung gerichtet werden, auf die Leistungsstärkeren in diesem System, sondern unsere Aufmerksamkeit muß sich mehr als bisher den lern- und leistungsschwächeren Jugendlichen zuwenden. 10 Prozent der Schüler eines Jahrgangs sind nach Feststellung der ausbildenden Betriebe nicht ausbildungsfähig. Diese Zahl muß uns doch ganz einfach erschrecken. Diese Jugendlichen befinden sich zum Teil in besonderen Bildungsgängen, wie es unser Schulgesetz formuliert.

In Hessen sind etwa 10.000 Schülerinnen und Schüler als Benachteiligte in beruflichen Schulen eingestuft. Allein im sogenannten Berufsvorbereitungsjahr werden landesweit rund 3.000 Schüler unterrichtet. Herr Minister, wissen Sie eigentlich, was die Kolleginnen und Kollegen, die in diesen Klassen unterrichten, zu leisten haben? 50 Prozent dieser Schüler sind Ausländer, von Schülern mit geringen Sprachdefiziten über Schüler, die Sprachanfänger sind, bis hin zu Analphabeten. Die andere Hälfte dieser Jugendlichen im BVJ sind Jugendliche mit Lernbehinderungen, vom Lernschwachen bis zum mehrfach behinderten praktisch Bildbaren, vom Verhaltensauffälligen über den Drogenkonsumenten bis hin zum Schwerkriminellen. Das ist die Realität in den Klassen des Berufsvorbereitungsjahres.

(Marx (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und weiter?)

Seit zehn Jahren sind die Rahmenpläne in Erprobung. Ich sage einmal: Sie sind Makulatur. Die entsprechende Verordnung über die Bildungsgänge kommt nicht in die Gänge, obwohl seit fünf Jahren daran gearbeitet wird. Die Möglichkeiten derjenigen Lehrkräfte, die in diesen Klassen unterrichten, nämlich eine notwendige sonderpädagogische Zusatzausbildung zu durchlaufen, sind absolut unzureichend. Die Lehrer werden weitgehend allein gelassen. Notwendige sozialpädagogische Hilfe fehlt.

Wie formulierte vor kurzem ein Kollege bei einer entsprechenden Tagung zu diesem Thema? "Es ist zermürbend, nur engagierter Laie zu sein." Soweit dieser Kollege, der in diesen Klassen unterrichtet. Ein anderer Kollege, der seit zehn Jahren im BVJ unterrichtet, hat verzweifelt ergänzt: "Wo kriege ich Hilfe? Ich muß im Unterricht Überlebensstrategien entwickeln." Das ist die Schulwirklichkeit, Herr Kultusminister. Sie ist so nicht mehr hinzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Eine differenzierte pädagogische Arbeit und Förderung, wie sie an unseren allgemeinbildenden Schulen mehr oder weniger üblich ist, entfällt mit dem Eintritt in die beruflichen Schulen. Ganze Klassen werden wegen Lehrermangels trotz Schulpflicht vom Unterricht befreit. Das kann doch so nicht weitergehen und auf Dauer so nicht verantwortet werden.

(Zurufe von der SPD: Nennen Sie Beispiele!)

- Soll ich Ihnen die Beispiele nennen? Die Beispiele kann ich Ihnen nachher geben.

(Claus (SPD): Nennen Sie wenigstens eines!)

- Ja, gehen Sie in den Odenwaldkreis, dort können Sie das ganz konkret feststellen! - Herr Minister, helfen Sie mit, daß im Interesse dieser Jugendlichen den Kolleginnen und Kollegen bei der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgabe geholfen wird! - Herr Claus, Sie sollten Ihre Drucksachen lesen, dann hätten Sie längst nachlesen können, was zu diesem Punkt schon veröffentlicht worden ist.

(Claus (SPD): Ich kann nebenher lesen und Zwischenrufe machen!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Wirtschaft und Gesellschaft Leistungsträger und Eliten. Dafür muß unser Bildungssystem die Voraussetzungen schaffen. Wir brauchen aber auch - dies sage ich ganz bewußt - mehr Zuwendung zu jungen Menschen, die keine akademische Ausbildung durchlaufen, ohne die unsere Wirtschaft aber nicht funktionieren kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dabei dürfen wir die Benachteiligten und Schwachen nicht vergessen. Der eigenständige Wert beruflicher Bildung muß stärker betont werden. Lassen wir Georg Kerschensteiner neben Wilhelm von Humboldt treten! Der Berliner Beschluß gibt neue Hoffnung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies war nach 16 Jahren Parlamentszugehörigkeit meine letzte Rede in diesem Hohen Hause. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, daß das neue Parlament die Belange beruflicher Bildung nicht aus dem Auge verliert, sondern ihren Stellenwert weiter erhöht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Möller (Gießen):**

Herr Kollege Müller (Solms) für die SPD-Fraktion!

**Müller (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schoppe, auch in Ihrer letzten Rede haben Sie den erneuten und meines Erachtens untauglichen Versuch unternommen, dieser Regierung Defizite in der beruflichen Bildung nachzuweisen. Herr Schoppe, Sie wissen genau, daß die berufliche Bildung bei dieser Landesregierung in guten Händen ist und nach wie vor eine hohe Priorität genießt.

(Beifall der Abg. Kahl und Vollmer (SPD))

Herr Schoppe, erinnern Sie sich noch, wie das bei Ihrer Regierung war?

(Schoppe (CDU): Oh, ja!)

In Ihrer Regierungsverantwortung hatten Sie einen Antrag, der die Anrechnung der Berufsschulleistungen auf